

Im September 2011

**Digital-/Behördenfunk - Forderung nach Moratorium und öffentlichem Prüfstand
Kommunale Spitzenverbände in Bayern melden ihre „wesentlichen Bedenken“ an**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bereits im Mai 2011 haben wir in einem ersten Schreiben alle Kommunalpolitiker auf Landkreisebene auf die Defizite des geplanten neuen Funknetzes für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS- bzw. TETRA-Digitalfunk) aufmerksam gemacht.

Entgegen den Ausführungen im Schreiben von Staatssekretär Gerhard Eck „An die Vertreterinnen und Vertreter der bayerischen Kommunen“ vom 29.06.2011 sind wir uns mit den Kommunen und der Bayerischen Staatsregierung in dem Ziel einig, dass die Blaulichtorganisationen schnellstmöglich ein funktionsfähiges und abhörsicheres Kommunikationssystem benötigen. Allerdings haben wir festgestellt, dass der geplante und im Aufbau begriffene TETRA-Funk nicht annähernd den Anforderungen dieser Organisationen in „Großschadenslagen“ gerecht wird. Gerade deshalb halten wir es für politisch absolut unverantwortlich, dieses System in seiner projektierten Architektur einzuführen. Wie will die Politik dem Steuerzahler später erklären, dass mehr als 10 Milliarden Euro (allein in Bayern ca. eine Milliarde Euro) ausgegeben wurden für einen Behördenfunk, der nicht funktioniert, wenn er wirklich gebraucht wird?

Auch den Kommunen wird eine Mitverantwortung für ein teures Funksystem aufgebürdet, dessen Tauglichkeit bisher nicht hinreichend nachgewiesen wurde. Dabei geht es nicht nur um die Kommunen, auf deren Gebiet BOS-Sender aufgestellt werden sollen. Jede Kommune muss im Zuge der Umrüstung vom bisherigen Analogfunk auf den neuen Digitalfunk bislang nicht überschaubare Steuergelder in die Hand nehmen, um die Ausrüstung der Feuerwehr und der Rettungsdienste mit Endgeräten, die Umrüstung der Fahrzeuge und Leitstellen und die Umrüstung von großen kommunalen Gebäuden zumindest teilweise zu bezahlen. Wer übernimmt z.B. später die Kosten für die als notwendig erachteten Updates der Software sowie für neue Geräte?

In einem gemeinsamen Schreiben vom 28.06.2011 an Staatssekretär Gerhard Eck, das uns vorliegt, haben nun auch **der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag, der Bayerische Landkreistag und der Landesfeuerwehrverband Bayern** ihre „wesentlichen Bedenken“ zusammengefasst und darauf hingewiesen, dass aus ihrer Sicht „noch viele Probleme zu lösen sind“, so u.a. die völlig offene Finanzierung und den in ihren Augen unrealistischen Zeitplan für die Einführung des Digitalfunks. In der erst Mitte August erfolgten Stellungnahme, die uns ebenfalls vorliegt, hat Staatssekretär Eck allerdings viele Fragen offen gelassen bzw. unvollständig oder ausweichend beantwortet, was unsere Bedenken nur bestätigt.

Unsere Befürchtungen im Hinblick auf die gesundheitlichen Auswirkungen des digitalen Behördenfunks werden u.a. durch die aktuellen Resolutionen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und des Europarates bestätigt. Die WHO am 31.05.2011 Mobilfunkstrahlung als „möglicherweise krebserregend“ eingestuft. Diese Festlegung ist auch im Hinblick auf TETRA und die Nutzung der Endgeräte durch die Rettungskräfte von Bedeutung. Für einen vorsorgenden Gesundheitsschutz braucht es damit bessere Argumente als nur: „Die Grenzwerte sind sicher“.

Das vom Innenministerium und der Projektgruppe DigiNet praktizierte Vorantreiben im Geheimen und Schaffen von Sachzwängen entspricht in keiner Weise einem demokratischen

- bitte wenden -

